

Der Sozialdemokratische Pressedienst

teilt mit:

P/IV/74 - 27.6.1949

Abgelehnte Kompensation

Bezeichnendes Wahlmanöver der CDU

Über die Nachrichtenagenturen wurde in Auszügen eine Erklärung des Büros des Parteivorstandes der SPD verbreitet, die sich mit dem Antrag der CDU im Wirtschaftsrat befasste, einen Untersuchungsausschuss zur Klärung von Vorwürfen gegen den sozialdemokratischen Abgeordneten Kriedemann einzusetzen. Wir lassen hiermit den vollen Wortlaut dieser Erklärung folgen:

Der Antrag der CDU, der für den Abgeordneten Kriedemann und die SPD ausgesprochen beleidigend formuliert ist, stellt ein durchsichtiges und plummes Wahlmanöver dar. Er ist nichts anderes als der Versuch, dem sozialdemokratischen Antrag propagandistisch zu begegnen, der eine Untersuchung darüber verlangt, ob und wie weit Oberdirektor Dr. Rüdiger Mittel der Zweizonenwirtschaftsverwaltung für den Ausbau von Bonn als provisorischem Bundessitz zur Verfügung stellen wollte oder zugesagt hat, ein durchaus sachliches und politisch aktuelles Ersuchen.

Die rein propagandistische Absicht der CDU wurde in Besprechungen in Frankfurt klar, in denen die CDU vorschlug, den SPD-Antrag sozusagen gegen den eigenen auszutauschen und beide fallen zu lassen. Die SPD hat das abgelehnt. Sie hat auch das weitere Ansinnen der CDU zurückgewiesen, den Rinder-Ausschuss unter einem CDU- und den Kriedemann-Ausschuss unter einem SPD-Vorsitzenden tagen zu lassen. Sie hat vielmehr das umgekehrte Verfahren vorgeschlagen. Beide Ausschüsse sind gebildet worden. Die FDP hat sich der Stimme enthalten, die KP hat die Einsetzung des Kriedemann-Ausschusses als Wahlmanöver abgelehnt.

Erhärtet wird das agitatorische Vorhaben der CDU dadurch, dass der Abgeordnete Kriedemann seit über zwei Jahren im Wirtschaftsrat eine massgebende Rolle spielt, ohne dass die CDU in dieser ganzen Zeit etwas in der Sache unternommen hat, obwohl ihr die Vorwürfe gegen Kriedemann bekannt waren. Sie kommt erst jetzt am Beginn des Wahlkampfes damit heraus und zwar, um sich dadurch eigene Unannehmlichkeiten zu ersparen. Die CDU leistet damit wieder einmal unverhüllt der KP Hilfestellung.

Die SPD, die die Vorwürfe gegen den Abgeordneten Kriedemann schon vor langer Zeit genau geprüft und als gegenstandslos bezeichnet hat, weist die in dem CDU-Antrag liegende diffamierende Absicht mit grösster Entschiedenheit zurück und überlässt der Öffentlichkeit das Urteil über diese Methode einer Wahlmaché, die an Unaufrichtigkeit nicht ihresgleichen hat.